

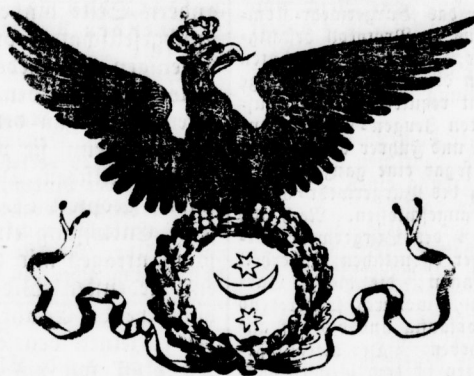
63
Der
enten
ern
azu
ein-
ge-
og
rium
n ge-
onen
lge-
der
wird
lung:
Na-
innt
wird
sich
nori-
estri-
ind
be-
iti-
nes
our
hem
das
Um-
hen.
noch
J.
und
Fut-
des
daß
ndg-
lieb-
poli-
cht
vor-
gen
den

vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von P. Richter,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 71.

Halle, Montag den 26. März
Zweite Ausgabe.

1849.

Deutschland.

Berlin, d. 23. März. Es verlautet, daß so eben die Ernennung des Hrn. v. Gagern zum Preuß. Ministerpräsidenten, die des Hrn. v. Peucker zum Kriegsminister und die des Hrn. Bunsen zum Minister des Aeußern erfolgt sei. Man will wissen, daß dieser Ministerwechsel Folge eines gestern im Ministerrathe stattgehabten Bewürfnisses sei. Hr. v. Manteuffel soll bei Verhandlungen über eine zu gewährende Amnestie in der Minorität geblieben sein, während die übrigen Mitglieder des Kabinetts für eine bedingte Amnestie gestimmt haben sollen. — Auch Hr. v. Griesheim wird, wie man versichert, seinen Abschied nehmen. Anlaß dazu soll eine Reprimande gegeben haben, welche Hr. v. Gr. durch die in der Kammer zur Sprache gebrachte Aeußerung in Betreff der schon im Juli prämeditirten Auflösung der National-Versammlung sich Seitens einer hohen Person zugezogen haben soll. (Magd. Ztg.)

Gestern Nachmittag wurden bei einem hiesigen Mauermeister 12 Gewehre und eine ziemlich bedeutende Anzahl von Säbeln fortgenommen. Dieselben befanden sich in einem vereinzelten Stall unter Stroh und Mist verpackt. Auch erkannte man darunter Waffen, welche das Militair am 18. März vorigen Jahres im Kampfe geführt hatte. Die Fortnahme erfolgte auf eine bei der Polizei eingelaufene Denunciation.

Nachrichten aus Hamburg zufolge, daß eine Verlängerung des Waffenstillstandes mit Dänemark nicht zu Stande gekommen, vielmehr aus den Operationen der Dänen auf Allen zu erwarten steht, daß dieselben die Feindseligkeiten schon binnen einigen Tagen beginnen werden, war die Börse flau gestimmt und Fonds wie Eisenbahn-Actien erlitten einen Rückgang.

Breslau, d. 22. März. Gegen Abend verbreitete sich das Gerücht wie ein Lauffeuer durch die Stadt, es werde der Belagerungszustand über Breslau verhängt werden. Andere behaupteten, nur die Bürgerwehr werde aufgelöst oder suspendirt werden. Allgemein wußte man, daß das Militair consignirt worden. Auch wurden die Wachen verstärkt und die Hauptwache ringsum durch Ketten abgeschlossen. Statt des gewöhnlichen einen Wachtpostens vor derselben sah man drei auf- und abmarschiren. Abends endlich lösten sich die Zweifel. Der Oberst der Bürgerwehr wurde zum Magistrate beschieden und ihm von demselben der Beschluß des Oberpräsidenten betreffs

der Suspendirung der Bürgerwehr mitgetheilt. Die Ursache dieser Maßregel sei die Weigerung des Bürgerwehrkommandos, den am 18. März stattgehabten ungesühlichen Zug zu verhindern, und weil auch nicht nur einzelne Bürgerwehrmänner, sondern auch eine ganze Abtheilung Bürgerwehr vollständig armirt an dem Zuge Theil genommen hätte. Nach alle Dem habe der Oberpräsident nach §. 4 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. Oct. v. J. die hiesige Bürgerwehr vorläufig und bis auf weitere höhere Anordnung ihres Dienstes zu entheben beschlossen. Der Oberst der Bürgerwehr berief sogleich eine Versammlung der Führer, in welcher beschlossen ward, gegen diese vom Oberpräsidenten ausgesprochene Suspension, als eine ungesetzliche, Protest einzulegen, daß dieselbe nach §. 4 des Bürgerwehrgesetzes nur dann erfolgen könne, wenn die Bürgerwehr den Dienst verweigere oder sich in Verwaltungsangelegenheiten mische. Letzteres sei nicht geschehen, und die Dienstverweigerung nur von dem Obersten, nicht aber von der Bürgerwehr ausgegangen. Eine Deputation der Führer begab sich auch sogleich mit diesem Proteste zu dem Magistrate, um denselben zu veranlassen, den Protest gemeinsam dem Oberpräsidenten zu überreichen. Indes sind die Nachpatrouillen der Bürgerwehr abbestellt worden. — Abends 11 Uhr erfahren wir noch, daß, nachdem die oben erwähnte Deputation den versammelten Magistrat nicht mehr angetroffen, sie sich zu dem Bürgermeister Bartsch begeben hatte. Derselbe erklärte ihr jedoch, für seine Person in der Angelegenheit nichts thun zu können. (B. Z.)

Der Ober-Präsident veröffentlicht hierüber Folgendes:

Die bei der königlichen Regierung eingegangenen Berichte über die Vorgänge, welche am 18. d. M. in hiesiger Stadt vorgekommen sind, haben es nothwendig gemacht, auch das Verhalten der hiesigen Bürgerwehr an jenem Tage einer näheren Ermittlung zu unterwerfen. Hierbei hat es sich herausgestellt, daß das königliche Polizei-Präsidium die hiesige Bürgerwehr mittelst eines nach §. 67 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. October v. J. an den Bürgerwehr-Kommandeur gerichteten Requisitions-Schreibens, — welches gleichzeitig zur Kenntnisknahme des hiesigen Magistrats gebracht worden ist, — aufgefordert hat, den öffentlichen Umzug zu verhindern, welcher am Nachmittage des 18. d. M. von dem Exercir-Platz aus nach dem Schießwerber stattgefunden hat, und dessen Behinderung anzuordnen, das königliche Polizei-Präsidium nach den bestehenden Vorschriften, insbesondere nach Art. 27 der Verfassungs-Urkunde vom 5. December v. J., eben so berechtigt als verpflichtet war, weil die Veranstaltung dieses Umzuges der Orts-Polizei-Behörde nicht ordnungsmäßig 24 Stunden vorher angezeigt worden war, weil viele Theilnehmer an dem

Umzüge mit Waffen erschienen sind, und weil überhaupt der ganze Umzug wegen der in demselben äußerlich bemerkbaren Sympathien für eine Partei, deren Bestrebungen auf einen Umsturz der bestehenden Staats-Einrichtungen gerichtet sind, sich in Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung als unzulässig darstellte. — Es hat aber das Bürgerwehr-Kommando nach der vor einem ernannten Kommissarius zu Protokoll bestätigten Erklärung sich nicht nur entschieden geweigert, der oben erwähnten Requisition des königlichen Polizei-Präsidiums an die Bürgerwehr Folge zu leisten — weshalb später die Militär-Macht hat requirirt werden müssen, — sondern es haben, wie aus den veranlaßten Zeugen-Bernehmungen hervorgeht, auch einzelne Bürgerwehrmänner und Führer an dem ungesetzlichen Umzuge Theil genommen, ja es hat sogar eine ganze Abtheilung Bürgerwehr — ohne irgend eine Beorderung des Bürgerwehr-Kommandos — sich vollständig armirt, dem Umzuge angeschlossen. Nach alledem habe ich mich der mir eben so durch den §. 4 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17. October v. J., als im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebotenen Pflicht nicht entziehen können, die hiesige Bürgerwehr in allen ihren verschiedenen Abtheilungen, wodurch selbstredend die Schützengilde als solche nicht berührt wird, vorläufig und bis auf anderweite höhere Anordnung ihres Dienstes zu entheben. Der hierauf gerichtete Beschluß des unterzeichneten Ober-Präsidenten ist dem hiesigen Magistrat mit der Anweisung zugestellt worden, wegen dessen sofortiger Ausführung das Erforderliche ohne Verzug anzuordnen.

Breslau, den 22. März 1849.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.
In Vertretung: Schleinitz.

Frankfurt a. M., d. 22. März. Die Correspondenz der Centren der Reichsversammlung läßt sich heute folgendermaßen vernehmen: Der gestrige Tag hat vieler Hoffnung und Berechnung zu Schanden gemacht. Diese Niederlage ist in der Paulskirche vielleicht noch unerwarteter gewesen als außerhalb derselben. Denn diejenigen, welche gestern die Majorität bildeten, hatten selbst am wenigsten an sie geglaubt, die aber, welche unterlagen, waren ihrer fast gewiß gewesen. Sie hatten leider in ihrer Rechnung einen Factor mit aufgenommen, der gar nicht vorhanden war, die überwältigende Macht des Patriotismus, der in dem Augenblicke der Gefahr alle kleineren Bedenken niederwirft. Die Gegner aber wurden durch ihren eigenen Sieg überrascht, weil sie nie eine feste Einheit gebildet, in der letzten Zeit nicht einmal mehr eine Coalition, weil demnach kein Theil dieser aus allen widerwilligen und unpatriotischen Elementen der Versammlung zusammengesetzten Majorität auf den andern mit Sicherheit rechnen konnte. Aber der Geist der Verneinung führte sie dennoch zusammen. Den Oesterreichern gebührt der Ruhm dieses Tages. Sie haben, 105 an der Zahl (nur Einer stimmte für den Antrag des Verfassungsausschusses, vier enthielten sich der Abstimmung), in schöner Eintracht diejenigen, welche, der ministeriellen Note gemäß, Deutschland an den centralisirten österreichischen Gesamtstaat anhängeln wollen, mit denen, welche trotz der octroyirten Verfassung vorgeben, an eine Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen noch immer zu glauben, sie Alle haben als Oesterreicher gestimmt. Ob diese Männer ein Recht dazu haben, ihr Mandat für die deutsche Reichsversammlung dahin zu verstehen, daß sie neben einem starken und geeinigten Oesterreich ein ohnmächtiges und uneiniges Deutschland schaffen sollen, ob diese Thätigkeit auch fernerhin ihren Fortgang finden wird, darüber entscheiden hoffentlich schon die nächsten Tage. Wenigstens wird von den österreichischen Deputirten die Frage beantwortet werden müssen, ob sie die octroyirte Verfassung ihres Landes und das neue centralisirte Oesterreich als zu Recht bestehend anerkennen oder nicht. An diese Beantwortung knüpfen sich sehr einfache Consequenzen. — Neben diesem österreichischen Patriotismus verdient besondere Erwähnung die Thätigkeit des Herrn H. Simon, der seine Anwesenheit hier dazu benutzte, diejenige Fraktion des Hauses, auf welche er noch immer einen nicht unbedeutenden Einfluß ausübt, zu spalten und einen Theil derselben in die gestrige Majorität hinüber zu führen. Die Absicht ging dahin, dem Antrag des Verfassungsausschusses noch im

letzten Augenblicke Concessionen abzuwingen, für welche im linken Centrum besonders Liebhabereien herrschen, die aber um so weniger gegeben werden konnten, als dadurch nur nach einer andern Seite hin ein Riß in die compacte Einheit der Weidenbuschgesellschaft gebracht worden war. Wie man vernimmt, sind diejenigen Mitglieder des Westendhallvereins, welche auf so unheilvolle Weise den Ausschlag gegeben haben, über diesen traurigen Sieg, an den sie selbst nicht geglaubt, aufs äußerste betroffen; denn sie verhehlen sich nicht, daß durch den Eigensinn ihrer politischen Doctrin die Einheit Deutschlands vielleicht für immer geopfert ist. — Das Ministerium Gagern hat gestern seine Entlassung eingegeben, weil es die Verwerfung des Ausschusstrages mit dem von ihm aufgestellten Programm als im entschiedensten Widerspruche stehend ansieht. Auch mag dasselbe hinreichende Erfahrungen gemacht haben über das Widerstreben der einzelnen deutschen Regierungen, welches durch den gestrigen Beschluß fast bis zur Unmöglichkeit eines Reichs-Ministeriums gestiegen ist, — jedenfalls hat die Verneinungsmajorität jetzt die beste Gelegenheit, sich auch über ihre positiven Kräfte auszuweisen und dem Vaterlande die Wege der Rettung zu zeigen. Es verdient eine besondere Erwähnung, daß bei der gestrigen Abstimmung über den Antrag des Verfassungsausschusses von 188 anwesenden Preußen (8 sitzen in der Berliner Kammer, 4 andere waren sonst beurlaubt oder krank) 38 gegen den Antrag gestimmt haben, von welcher Zahl 12 Stimmen westphälischen und rheinpreussischen Ultramontanen, 26 den verschiedenen Fraktionen der Linken angehören (unter ihnen Freese von Stargard, Gerlach von Tilsit, Hofbauer von Nordhausen, Raveaux von Köln, Vogel von Guben, Zimmermann von Spandow u. s. w.). Hielten die Vertreter Preußens so fest zusammen, wie die Oesterreicher bei allen Fragen, welche ihren Staat betreffen, es immer thun, so waren gestern bereits die Geschicke Deutschlands entschieden. Von den Vertretern der übrigen deutschen Staaten, abgesehen von Oesterreich und Preußen, wurden 232 Stimmen abgegeben: 106 für den Antrag, 126 dagegen. Diese Majorität gegen den Antrag gehört den Baiern an, von welchen nur 12 für, 54 gegen die Annahme der Verfassung mit dem erblichen Oberhaupt stimmten. Nach Abzug dieser 66 bayerischen Stimmen, stimmten 94 Vertreter der kleineren deutschen Staaten für den Antrag, 72 dagegen. Wenn aber Deutschland gestern um eine große Hoffnung ärmer geworden zu sein schien, wenn mit dem Zurücktreten des Mannes vom Reichsministerium, an welchen das deutsche Volk die Zuversicht seiner Vereinigung zu knüpfen gewohnt ist, die Zukunft sich dunkler zeigte als jemals, so ist heute der Himmel schon wieder lichter geworden. Der ungehoffte Sieg führte gestern die äußerste Linke und die österreichische Rechte zum Abschluß eines neuen Vertrages. Man vereinigte sich, zur Heckscher's Antrags (das Directorium mit dem Suspensiv-Veto, das Wahlgesetz mit der geheimen Wahlart) zu stimmen; man unternahm österreichischerseits die Garantie, dann auch für die Permanenz der Versammlung votiren zu wollen. So zog die Linke denn heute den Antrag Eisenstuck's zurück, den sie selbst gestellt hatte (über die Verfassung wird nicht mehr debattirt, nur abgestimmt), um alle Stimmen auf das Directorium zu werfen und im Sturme die volle Entscheidung nach der andern Seite hin zu geben. Aber der Weidenbusch nahm den Antrag Eisenstuck's auf und setzte ihn mit 30 Stimmen Mehrheit durch, und so beginnt morgen die zweite Lesung oder vielmehr die zweite Abstimmung über die Verfassung. Die stolzen Hoffnungen, mit welchen die Oesterreicher heute Morgen die Paulskirche betraten, sind bedeutend gesunken, und auf das empörende Manifest, welches von dieser Seite in den Bänken ausgetheilt wurde, haben die Gegner und vor allem die Vertreter Preußens Gelegenheit gehabt, auf die loyalste Weise au-

genblicklich zu antworten, indem sie den von der linken Seite gestellten Antrag, die octroyirte Verfassung Oesterreich für nichtig zu erklären, mit „Nein“ beantworteten oder sich der Abstimmung enthielten, als über eine Angelegenheit, welche außerhalb der Grenzen des Bundesstaats liege.

Ungarn.

(Berlin, d. 25. März.) Die lithographische Correspondenz meldet: Ein so eben aus Ratibor hier eingetroffenes Privat-schreiben will aus den verlässigsten Quellen wissen, daß Dembinski nach einer zuvor gewonnenen Schlacht in Pesth eingerückt sei. Der Verfasser des Briefes bemerkt zu dieser Nachricht, welcher überdies die Mittheilung beigefügt ist, daß Görgey die Höhen von Raab besetzt halte: Dembinski werde im Sturm auf Wien zu ziehen, und er habe die Hoffnung geäußert, zu Ostern der Fußwaschung beiwohnen zu können.

Deutsche National-Versammlung.

Frankfurt, den 23. März.

Die Sitzung wurde um halb zehn Uhr eröffnet. Der Vorsitzende verkündet, daß der Abg. Prinzinger für St. Pölten (Oesterreich) sein Mandat am 31. März niederlegen werde, und daß drei Abgeordnete, Obert (Hannover), Hoppenstedt (Hannover), Bachmeier (Baiern), eingetroffen sind. — Der Vorsitzende verkündet ferner den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Ergänzungswahl zweier Mitglieder in den Ausschuss für die österreichischen Angelegenheiten. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Bevor zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung, geschritten wird, verliest der Vorsitzende einen Antrag der Abgeordneten Max Simon aus Breslau und Genossen, welcher dahin geht, täglich zwei Sitzungen zu halten. Die Versammlung nimmt den Antrag an und setzt für die täglichen Sitzungen die Vormittagsstunden von 9—1 und die Nachmittagsstunden von 4—7 fest. — Ueber den Antrag der Abgeordneten Hermann Müller und Genossen, die Verfassung nach vorläufiger Lesung und Abstimmung schließlich noch einer Gesamtabstimmung zu unterziehen, entspinnt sich eine kleine Discussion. Der Antrag fällt. Eine Aeußerung Benedey's ruft eine sehr erregte Zwischenscene hervor. Derselbe sprach gegen den Antrag und erwähnte des Umstandes, daß er gestern gehört habe, ein Mitglied, welches zugleich Oesterreich und einen Theil der Stadt Wien vertritt, habe sich geäußert, es hoffe, daß Herr v. Camphausen jetzt murbe genug sein werde, um sich zur Decroyirung herbeizulassen. Der Ruf: den Namen, den Namen! ließ sich von mehreren Seiten hören. Abg. v. Schmerling betrat hierauf die Tribüne und erklärte Folgendes: „Ich mache gar kein Geheimniß daraus, daß ich gestern Herrn v. Camphausen einen Besuch am hellen Tage machte; ich mache kein Geheimniß daraus, daß ich sehr häufig mit Herrn v. Camphausen verkehre, weil ich in der That die Ueberzeugung habe, daß wenigstens die Vertreter der einzelnen Stämme, welche sich selbst so erbittert gegenüberstehen, sich bemühen mögen, in einer verständlichen Weise sich zu begen. Ich erkläre es aber für eine freche Lüge und fordere den auf, der es behauptet hat, seinen Namen zu nennen, daß ich mich in der von Hrn. Benedey bezeichneten oder in ähnlicher Weise geäußert habe. Nie war es mir eingefallen, einem Manne, der durch seine Persönlichkeit und seinen Verstand zu hoch steht, in der Art entgegenzutreten, daß ich mich rühmen sollte, ich hoffe, er werde nun murbe genug sein, um die Verfassung octroyiren zu helfen. Das wäre eine infame Zumuthung für irgend einen Staatsmann, der in irgend einer Richtung vorgehe. Wer sie mir in den Mund gelegt hat, der hat frech gelogen. Abg. Benedey verlangt wieder das Wort, allein der Vorsitzende läßt die Versammlung darüber entscheiden, ob noch Jemand in dieser Incidenzfrage das Wort erhalten solle. Die Versammlung entscheidet sich im vereinigenden Sinne. Betreffs dieses Vorganges giebt Herr Künzel folgende schriftliche Erklärung, welche ihre Stelle am geeignetsten hier finden dürfte: „Ich erkläre hiermit, daß dem Sinne nach Hr. v. Schmerling die von Hrn. Benedey von der Tribüne mitgetheilte Aeußerung gestern gegen mich gethan, ohne sich jedoch des Wortes „murbe“ zu bedienen. Er sagte nämlich zu mir: „Es scheine, als ob die Versammlung vollständig Bankrott machen wolle.“ Ich bestatigte dies, und bemerkte, daß es am Ende zu einer Decroyirung kommen werde, worauf Hr. v. Schmerling fortfuhr: seit längerer Zeit sei bereits von Decroyirung die Rede, der Plan sei aber an dem Widerspruch Preußens gescheitert, welches natürlich auf dem von der Nationalversammlung eingeschlagenen Wege mehr zu erreichen gehofft habe, als durch eine Decroyirung. Hierbei habe es ganz in seinem Interesse gehandelt. Jetzt jedoch stehe die Sache anders und er wolle sich in dieser Beziehung noch heute zu Hrn. v. Camphausen begeben.“ Die Aeußerung geschah beim Schluß der Sitzung.

Des Nachmittags hörte ich, daß Herr v. Schmerling wirklich bei Herrn v. Camphausen gewesen. Unsere Unterhaltung habe ich Herrn v. Benedey mitgetheilt. Frankfurt a. M., den 23. März 1849. Künzel, Abgeordneter.“

Es wird hierauf zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur Abstimmung über die Verfassung geschritten.

Der erste zur Abstimmung kommende Abschnitt der Verfassung ist der über „das Reich“. Folgende Fassung wird angenommen.

„Abschnitt I. Das Reich.“

Artikel I.

§. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten.“

Ein vom Verfassungsausschusse vorgeschlagener Zusatz: „die Theilnahme der österreichischen Bundeslande an den verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten bleibt vorbehalten“ wird mit 290 gegen 240 Stimmen abgelehnt. — Ein Zusatzantrag von M. Mohl, lautend: „die Aufnahme weiterer Länder in das deutsche Reich kann durch ein Reichsgesetz erfolgen“ wird gleichfalls mit 268 gegen 259 Stimmen abgelehnt.

Drei Abgg. des italienischen Tirols, Esterle, Marzilli und Gazzoletti, verwahren sich neuerdings in einer Erklärung gegen die Einverleibung ihres Landestheiles in das neue deutsche Reich. — Ueber Art. II, §. 2: „Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein“, wird namentlich abgestimmt. 265 stimmen mit ja, 266 stimmen mit nein; 2 enthalten sich der Abstimmung. — Abg. Reh bekommt das Wort. Er erklärt, daß die drei Abgeordneten aus Wälschtirol, welche obige Verwahrung eingebracht haben, nicht berechtigt seien, mitzustimmen. (Großer Lärm links.) Viele Abgeordnete sammeln sich um die Tribüne in großer Aufregung und besprechen sich daselbst sehr laut. Dem Vorsitzenden gelingt es endlich, die Ruhe wieder herzustellen. Er erklärt hierauf, daß nach dem vorliegenden Zahlenverhältnisse der Antrag als abgelehnt zu betrachten, daß aber die Präjudicialfrage, ob die drei Abgeordneten berechtigt seien, mitzustimmen, von der Versammlung selbst entschieden werden müsse. Sollte die Versammlung ihnen das Recht mitzustimmen nicht zugestehen, dann gestalte sich die Sache anders. Er könne nicht weiter abstimmen lassen, bevor diese Frage nicht gelöst sei, er stelle sie auf die Tagesordnung der heutigen Nachmittagsitzung.

Kammerverhandlungen.

Erste Kammer.

Berlin, den 24. März.

Die Interpellation des Grafen Dyrhn über die Note des preussischen Ministeriums des Auswärtigen vom 10. März kam heute zur Verhandlung. Die Interpellation lautet:

„Während die entscheidenden Schritte der österreichischen Regierung längst nicht mehr daran zweifeln lassen, daß von ihr in Bezug auf die deutsche Einheit eine Politik befolgt wird, welche auflösend und im Verhältnis zu Preußen feindlich genannt werden muß; während das ganze deutsche Volk sich der Erwartung hingiebt, daß die preussische Regierung dieser Politik mit der Würde und Entschlossenheit entgegenzutreten werde, welche ihr geschichtlicher Beruf und das hohe Ziel der Einigung aller deutschen Stämme verlangt, werden wir durch die Nachricht schmerzlich überrascht, daß der jetzige Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Antritt seines Amtes durch den Erlaß einer Note in der deutschen Sache bezeichnet habe, in welcher dieser Standpunkt verleugnet worden, indem darin die feindliche Richtung der österreichischen Politik, statt sich dagegen entschieden zu verwahren, mit unzeitiger Bereitwilligkeit begrüßt und die völlig unannehmbaren deutschen Verfassungs-Vorschläge Oesterreichs als Grundlage zur weiteren Verständigung bezeichnet wird. Dies ist geschehen am Vorabende der Entscheidung dieser heiligsten Angelegenheit des Vaterlandes durch die frankfurter National-Versammlung und Angesichts des Volks, was mit vertrauensvoller Spannung auf Preußen steht, von dem es eine hochherzige, nationale Entschliesung erwartet, die geeignet ist, die Zukunft Deutschlands zu retten. Es ist gewiß, daß diese Note auf die Abstimmung im frankfurter Parlament den allerschlimmsten Einfluß üben wird, und ich fordere deshalb den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten hierdurch auf:

der Kammer die genannte Note vorzulegen, die Gründe ihres Inhalts, so wie des zu ihrem Erlasse gewählten, anscheinend ganz ungeeigneten Zeitpunktes anzugeben und zur Beruhigung des Vaterlandes die Stellung offen zu bezeichnen, welche unsere Regierung der ange deuteten Politik Oesterreichs gegenüber einzunehmen gedenkt.

(gez.) Graf Dyrhn als Interpellant.

Unterstützt von

Milde. Kuh. Berger. D. Hermann. Reiferstein. Graf v. Poldorf. Hesse. Sperling. Gräff. Fischer. Köster. Dannenberg. Knoblauch. Böding. Mäke. Schmücker. Freih. v. Winde. Beer. Baumstark. von Bodum-Dolffs. v. Schleinig.

Der Präsident stellt die Frage, ob der Minister des Auswärtigen heut darauf zu antworten gedenke. Er erklärt sich dazu bereit und es wird die Interpellation der Geschäfts-Ordnung gemäß zur Unterstützung gestellt. Fast die ganze Versammlung erhebt sich dafür.

v. Kaniß (zur Geschäfts-Ordnung) ergeht sich in einer Erörterung über die Weise, wie bei Interpellationen zu verfahren sei und fragt: ob thatsächliche Berichtigungen dabei zulässig seien. Der Präsident bejaht dies.

Der Interpellant Graf Dyhern: In einem Augenblicke, wo uns täglich, ja stündlich Nachrichten der erschütterndsten Art treffen, trete ich vor Sie hin. Mögen Sie gewünscht haben, was Sie wollen, die Nachrichten, die Sie seit vorgestern empfangen haben, haben Sie bis aufs tiefste ergriffen. Auch ich bin aufs tiefste erschüttert. Ich habe diese Interpellation mit mehreren meiner Kollegen, nicht in einer politischen Gesinnungsgenossen verfaßt, und ich trete deshalb um so muthvoller auf diese Stelle. Mit uns werden Parteigenossen aller Farben stimmen. Sie alle wissen, welche Stunde dies ist. Ich halte mich nur an das, was öffentlich gewordene Thatsachen gebracht haben, und ich fürchte keine Berichtigungen dieser Thatsachen. Ich müßte es denn den Blättern, aus denen ich schöpfe, und denen Schuld geben, welche jene Blätter nicht widerlegten. Den 23. Januar d. J. erließ unser Gouvernement eine Note, in der es sich so entschied für den Bundesstaat auszusprechen, daß es auf die Möglichkeit hinwies, Preußen könne auch ohne Oesterreich an diesem Bundesstaate festhalten. Am 14. d. M. hat noch der Minister-Präsident ausgesprochen, daß die Note vom 23. Januar für die künftigen Schritte der Regierung maßgebend sein werden, daß also der Bundesstaat, im Nothfall der engere Bundesstaat, sehnlichst gewünscht werde. Am 4. Februar erließ Oesterreich, wie ich und meine Freunde glauben, als Antwort auf die Note vom 23. Januar seinerseits eine neue Note, in der es sich entschieden gegen den Bundesstaat, den es „Unitarischen Staat“ nennt, ausspricht, ja diesen für ein Unglück erklärte. Möge jedem seine Meinung gelassen werden, warum soll das österreichische Gouvernement nicht auch eine Meinung haben dürfen? (Bewegung.) Die österreichische Note geht aber so weit, diese Ansicht für die Ansicht des Volkes zu erklären und sich der Konstituierung des Bundesstaates, vornehmlich mit der Spitze Preußen ernstlich zu widersetzen, den Eintritt selbst zu verweigern. Gegen den preussischerseits im Nothfall gewünschten engeren Bundesstaat tritt Oesterreich schroff auf. Die Sprache und der Inhalt ist Preußen völlig feindlich. Am 16. Februar erschien eine neue Note preussischerseits, welche zwar weniger Schärfe hatte, als die frühere, indessen zu unserer Beruhigung den Bundesstaat festhielt, im Nothfall ohne Oesterreich. Auf diese Note ist nichts mehr erfolgt, wenigstens was den Notenwechsel betrifft. Die Instruktion in dessen, welche Schmerling am 27. Februar in Frankfurt erhielt, die Ihnen bekannt ist, nahm nichts von dem zurück, was Oesterreich am 4. Februar ausgesprochen. Der Bundesstaat mit Oesterreich blieb also negirt. Ein Direktorium sollte konstituiert werden. Was für eine Staatsform aber sollte das sein? Oesterreich verfolgte also eine auflösende Politik gegen Deutschland. Das Gouvernement sagt, „es schwebt ihm vor“. Meine Herren, wenn ich bloß eine Dichtung von Deutschland vorgetragen habe, so habe ich mich sehr undeutlich ausgedrückt, ich habe den vollsten Muth an ein wirkliches Deutschland zu glauben; und mir schwebt Deutschland sehr bestimmt im Geiste vor. (Bravo.) Wir haben bisher geschwiegen, weil wir uns für Berräther gehalten hätten, ohne genauere Anhaltspunkte den Gang der Ereignisse zu hören. Unter diesen Verhältnissen trifft uns nun eine Note, welche in frankfurter und berliner Blättern enthalten war.

Der Redner verliest die letzte preussische Note mit so prägnanter Betonung, daß er zweilen durch Beifallsbezeugungen unterbrochen wird.

Am 10. März mußte die österreichische Verfassung hier bekannt sein. In ihr finden manche die Freiheit, manche die Unfreiheit, Niemand aber Deutschland. (Bravo!) Das Anerkenntniß der Konsequenz und der Wahrheit verdient Oesterreich gewiß, denn von jeher hat sich dies die Bestätigung aller frankfurter Beschlüsse entschieden vorbehalten. Ich greife sein Verfahren als Deutscher an. Ich weiß, daß ich einen konsequenten Feind habe, aber auch, daß ich einen Feind habe. (Beifall.)

Jenem Artikel der neuen österreichischen Verfassung gemäß hätten Slavonier, Kroaten und die andern sonst sehr berechtigten Völkerschaften in Deutschland aufgenommen werden müssen. In diesem Augenblicke, als Bile von uns ihre Lieblingspläne opferten, um keine Störung in diese Kammer zu bringen, hat der Minister gesagt, er habe zu „großer Zufriedenheit“ die österreichischen Vorlagen erhalten und werde „mit Vergnügen“ sich bemühen, darauf einzugehen.

Ich glaube, diese Vorlagen durften gar nicht erwogen, sie mußten durch eine Majorität niedergeschlagen werden. Müßig könnte die Frage sein, ob die Note authentisch ist, und was der Minister gethan hat. Wir fragen den Minister vorzugsweise, was er thun will, denn die Vergangenheit ist vorbei. — Jetzt wissen wir, daß Oesterreich nur die Herbeiführung der alten Bundes-Verfassung will, daß es ein Staatenhaus gnädigst zu ottroyiren beabsichtigt, ein Staatenhaus, worin 32 Deutsche und 38 Oesterreicher. Unter diesen 38, wieviel Slaven! (Beifall von allen Seiten.)

Ich habe keinen Ausdruck auf dieser Tribüne, mit dem ich das Benehmen des österreichischen Gouvernements bezeichnen möchte. (Beifall.) Die Note, die uns vorliegt, hat für die Abstimmung in Frankfurt, das ist ersichtlich, die wichtigsten Folgen gehabt. Diese Abstimmung ist ein Unglück, ein entsetzliches Unglück. Darum glauben wir Vertreter eines großen Theils des Vaterlandes, ja der großen Majorität aller Preußen zu sein, wenn wir vor dem Minister mit der Frage treten: „Was soll die Politik gegenüber Oesterreich jetzt sein?“ Wird Deutschland in Frankfurt zerstört, dann können wir es aufbauen. (Bravo!)

In der Politik muß man selbst den Schein vermeiden. Man hat stets geklagt, daß Preußen sich zu sehr bedormunden lasse durch den Doyen der europäischen Politik. Dieser Doyen ist abgereist. (Helterkeit.) Nun erwartet das Vaterland, daß der einköpfige Adler auf eigenem Wege gerade empor zur Sonne fliegen werde. (Bravo.)

Wir haben noch einen besonderen Grund zu dieser Frage. Noch bluten die Wunden, welche die Einverleibung Krakau's der Provinz geschlagen, welche mich hergesandt hat. (Beifall.)

Meine Freunde vom Handelsstande könnten Ihnen Millionen vorrechnen, die Schiffe verloren hat. Wie lange will man die Politik der Bereitwilligkeit fortsetzen. Es ist jetzt keine Zeit zu Artigkeiten. (Bravo.) Der preussische Minister Herzberg schrieb 1791 an den König: „die kühnste Rolle ist für Preußen auch immer die sicherste Rolle“ und dazu fordere ich den Herrn Minister auf.

(Aushfender anhaltender Beifall von allen Seiten des Hauses, welcher selbst den Anfang der ministeriellen Erwiderung übertönt.)

Minister des Auswärtigen Graf v. Arnim: In seiner Behandlung der gewechselten Noten hat der gedehrte Redner einen Hauptpunkt zu berühren unterlassen. Die Cirkularnote vom 23. Januar spricht von einer Verständigung aller deutschen Fürsten. Eine solche ist bis dahin noch nicht erfolgt, erst in seiner Note vom 27. Februar betritt Oesterreich den Weg der Verständigung und schlägt als Bundes-Oberhaupt ein Direktorium vor. Es entstand die Frage: ob man diese Vorschläge zurückweisen oder bei dem großen Werth, welchen wir auf die Verständigung legen, darauf eingehen sollte. Dies Letztere geschah in der Depesche vom 10. März, welche geschrieben war, ehe man die österreichische Verfassung kannte. (Bewegung.) Die Depesche war schon mehrere Tage vor dem 10. März geschrieben, so daß die österreichische Verfassung gar keinen Einfluß mehr auf sie haben konnte. (Oh! Oh!) Uebrigens hat Oesterreich erklärt, daß es gar nicht seine Absicht sei, sich auszuschließen.

Die Motive der Depesche vom 10. März liegen einfach in der Cirkular-Note vom 23. Januar. Die Regierung hatte damit die Initiative zur Verständigung zwischen den Regierungen untereinander und mit der frankfurter Versammlung ergriffen. Das Resultat davon war, daß 28 Regierungen sich mit der preussischen geeinigt haben.

Die österreichische Regierung hatte sich noch nicht darauf eingelassen. Erst die Depesche vom 27. Februar an Schmerling bezeugt, daß die Regierung darauf eingehen wolle. Die Instruktion fordert ein Direktorium von 7 Personen mit 9 Stimmen. Es wäre Unrecht gewesen, diese Vorschläge nicht in Erwägung zu ziehen, denn ohne Oesterreich konnte die Verständigung nur eine partielle sein. Die Bereitwilligkeit dazu hat die königliche Regierung in ihrer letzten Note ausgesprochen, ganz im Sinne der Erklärung vom 23. Januar.

Wenn man in dem vorgeschlagenen Direktorium die Absicht findet, Preußen unter Oesterreich unterzuordnen, so hat man dabei übersehen, daß §. 5. der österreichischen Vorschläge ausdrücklich einen Wechsel der Reichsstatthaltertschaft zwischen Preußen und Oesterreich verlangt.

Die Stellung der königlichen Regierung rücksichtlich ihrer weiteren Politik betreffend, kann ich nur auf die Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten bei Gelegenheit der Adress-Debatte hinweisen. Wir werden um so mehr auf dieser Politik beharren, als wir in der Adresse eine Bestätigung derselben zu finden glauben.

Dieser, zum größten Theil verlesene Vortrag, wurde durch fortwährende Zeichen der Unzufriedenheit begleitet und am Schlusse vernahm man nur ein schwaches Bravo von einzelnen, wenigen Stimmen.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.)